

ROTTENFRÄßER

Kommunistisches Organ

Für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Rottensfräßer“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Verkaufspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Verlag Halle, Postfach 14, Halle, Sachsenstraße 14.

Abzugspreise: 13 Goldpfennig f. d. Milleimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Restame im Tertium. Anzeigen zu richten nach Halle, Kochstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Leiter-Adr.: Rottensfräßer Halle, Postfach 14. Postfachnummer: Leipzig 1068 45 (mit Preis), Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, den 13. Februar 1926

6. Jahrgang + Nr. 37

Einheitskomitees — Gebot der Stunde!

Aufruf an alle Organisationen und Betriebe!

Die gestern in Halle gebildete Einheitskomitee beschloß ein

folgendes Votum:
„Die Erwerbslosen und Kurzarbeitererlebens, der unversicherten Kriegsbeschädigten und Arbeitslosen, der unzulänglichen Gehälter für die unteren Beamten, der ungenügenden Entlohnung der Arbeiter, der Notstand und des Mißtrauens gegen die großen Wirtschaftskräfte, des unerhörten Steuerdrucks auf die wertvolle Bevölkerung nimmt es kein Wunder, daß allgemeine Unzufriedenheit über die Politik der Regierungsparteien, über die unzulänglichen Leistungen der bisher ausgesetzten Regierungen und die ungenügende Bekämpfung der sozialen Missstände, die in diesem Punkte, das allgemeine Vertrauen in den Staat des Volkes den Parteien kein Verzeihen werden darf, vollkommen einig.“

Die Erkenntnis dieser Sachlage haben sich die unten genannten Parteien und Organisationen von Halle zu einem Einheitskomitee zusammengeschlossen, um alle bisher existierenden Einheitskomitees mobil zu machen für den Volksentscheid über die Forderungen der SPD, der SPD und des UGB, bereits

erklären es, daß die Forderung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, trotz der unzulänglichen Leistung ihrer Mitglieder, für ein einheitliches Votum im Volksentscheid, es bisher abgelehnt haben, einem Einheitskomitee beizutreten.

„Das Gebot der Stunde eine weitestgehende Zusammenfassung aller Kräfte fordert, haben wir uns entschlossen, nicht mit der Bildung eines Ausschusses von Halle nicht zu begnügen, in der festen Überzeugung, daß die Arbeiter der SPD und der freien Gewerkschaften mit unserem Votum, das nur dem streitenden Volksentscheid dient, einsehen wird. Wir fordern hiermit diese in der SPD und den Gewerkschaften organisierten Arbeiter auf, ihren Beitrag zur Einheit der Bewegung dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie die Spitzen ihrer Organisationen zu einem einheitlichen Vorgehen zwingen.“

Wir geben uns aber auch an alle uns noch fernstehenden Parteien und Vereine, gleich welcher Richtung, die den Volksentscheid zu unterstützen gewillt sind, die den Aufruf, auch noch nachträglich ihren Beitritt zum Einheitskomitee zu erklären.

Einheitskomitees, die sonst noch in einzelnen Betrieben oder Bezirken sind, bitten wir, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit durch eine Zusammenfassung und ein Votum

gehen nach einheitlichen Gesichtspunkten die Kraft der Volksbewegung gesteigert werden kann.

Ohne die politische und organisatorische Selbstständigkeit der einzelnen Parteien, Organisationen und Vereine anzutasten, erzieht das Einheitskomitee von Halle die Mobilisierung aller Kräfte für die unmittelbare Durchführung des bevorstehenden Volksentscheides und des nachfolgenden Volksentscheides.

Die Agitation gegen die reaktionären Parteien der Fürstentümer, die Kontrolle gegenüber etwa labotierender Behörden, die Forderungen aller auf den Volksentscheid bezüglichen Forderungen, die Durchführung notwendig werdender Schutzmaßnahmen bei der Einsetzung in die von den Behörden auszuführenden Ämtern und andere technisch-organisatorische Maßnahmen erfordern das ungetrübte Hand-in-Hand-Wirken aller Organisationen, die es mit der streitenden Durchführung des Volksentscheides wirklich ernst meinen.

In diesem Sinne: Heran an die praktische Arbeit! Die Zeit drängt! Die reaktionären Kräfte sollen sich täuschen, wenn sie glauben, den Fürsten noch Millionen zuzuschießen zu können dadurch, daß das Volk nicht einig sein wird.

Wir werden siegen, wenn wir jetzt zusammenstehen unter der Parole:

Keinen Hintersinn den Fürsten!

Kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Halle; Arbeiter-Frontkämpfer-Bund, Ortsgruppe Halle; Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Halle; Arbeiter-Sportklub, Halle; Reichsbund Deutscher Mieter, Ortsgruppe Halle; Gemeindefrat proletarischer Arbeiter, Ortsgruppe Halle; Arbeiter-Vereinsbund, Ortsgruppe Halle; Internationaler Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Halle; Rote Hilfe, Ortsgruppe Halle; Proletarische Kämpferhilfe; Ortsgruppe Halle der Anarcho-Syndikalisten; Verband der Eisenarbeiter, Halle; Verband der Zimmerer, Halle; Halle; Kommunistischer Jugend-Verband Deutschlands, Ortsgruppe Halle; Rote Jungfront, Ortsgruppe Halle; Arbeiter-Bund Halle.

Betriebsräte der Betriebe: Mittelschulgeschäft f. Bananenfürer, Heinrich Franke & Söhne, Halle; Pelzwaren, Vitzmann & Brandt, Magdeburg & Berlin; Wollschiff, Halle; Halle, Regelin & Hüner, Berl. I, II, III, IV, Deuna-Werke, Allgemeiner Konsumverein, Zentral-Anstalt, Vindner, Hummer, Schlachthof, Reimer, Winger, Schreiner, Produktions-Gesellschaft, Halle; Fährwerke, Saenger, Ringler, Vitzmann, Gehr, Behmann, Engelhardt-Beutzer, Feinberg, Brauer, Halle; Maschinenfabrik, Halle & Söhne, Halle; Meißel, Minin, Tisch, Herbit & Co., G. Eberhart, Feinler, Buchhof, Eisenbahn-Ausbelegungsanstalt, Doms, Max Montag, Paul Feige, U.S.A. Halle, Weser & Kaufmann.

Die Wintelzüge der SPD.-Führung

Verhandlungen mit den bürgerlichen Mittelparteien über die Preisgabe des Volksentscheides

„Berliner Tageblatt“ berichtet am 12. Februar: Heute nachmittags um 3 Uhr finden im Reichstag Verhandlungen zwischen den Vertretern der Mittelparteien, der Regierung, der SPD und der Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, um vorläufig über die Möglichkeit zu erörtern, durch eine Lösung der Verhandlungen herbeigeführt zu werden. Die Verhandlungen werden natürlich heute einen Anfang darstellen; man wird dann sehen, ob eine weitere Verhandlung mit einem positiven Ziel werden kann.“

Die Frage der Herbeiführung eines Kompromisses zwischen sozialdemokratischen Führern und den Mittelparteien der Regierung des „Berliner Tageblattes“ angeht, haben, wie vom „Vorwärts“ so heute früh zu lesen.

Die Einheiten weiß schon die „Vollst. Zeitung“, die sich zu melden. In ihr heißt es:

„Die sozialdemokratischen Parteien bereiten, wie wir aus den sozialdemokratischen Kreisen wissen, die Verhandlungen über das Sondergericht bei den Fürstentümern vorzubereiten. Wahrscheinlich werden Verhandlungen am heutigen Freitag eingeleitet werden. Die Verhandlungen werden natürlich heute einen Anfang darstellen; man wird dann sehen, ob eine weitere Verhandlung mit einem positiven Ziel werden kann.“

Die Frage der Herbeiführung eines Kompromisses zwischen sozialdemokratischen Führern und den Mittelparteien der Regierung des „Berliner Tageblattes“ angeht, haben, wie vom „Vorwärts“ so heute früh zu lesen.

heraus. Bringen wir die heutigen Meldungen der bürgerlichen Presse vor allen Dingen in Zusammenhang mit der von uns getriebenen sozialdemokratischen Kampfbewegung, die im Reichstagsauschuss des Reichstages, der bereits direkt das Angebot gemacht hat der Zurückziehung des Gesetzentwurfes für die Einführung des Volksentscheides, wenn sich alle bürgerlichen Parteien auf den ursprünglichen demokratischen Gesetzentwurf einigen können, so ist es ganz offensichtlich, daß die neuesten Verhandlungen, von denen das „Berliner Tageblatt“ spricht, nur zu dem Zweck herbeigeführt haben, um das Angebot Sandbergs zu realisieren.

„Vorwärts“ hat nach — wir müssen hier noch das in Rechnung stellen, was die „Vollst. Zeitung“ meldet — mit ein Kompromiß zwischen den sozialdemokratischen Führern und den sozialdemokratischen Parteien und den ursprünglichen demokratischen Antrag, dem dann die Sozialdemokratie die Zustimmung geben will, wenn — ja, wenn nicht

die sozialdemokratischen Arbeiter durch diesen Verrat ihrer Führer an dem von der SPD, der SPD und dem UGB, gemeinsam eingereichten Gesetzentwurf auf entscheidungsgünstige Entzweiung einen tiefen Strich machen. Die kommunistischen Arbeiter werden jedenfalls alles tun, um die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie ihrer rechten Führer zu unterstützen. Die beste Waffe aber gegen die Sozialdemokratie, die ganz offensichtlich das Ziel hat, die einheitliche Zusammenfassung des Kampfbundes aller Arbeiter, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, besonders aus den Betrieben und aus den Gewerkschaften heraus. Darum ist das Gebot der Stunde:

Zusammenstand aller Arbeiter, die wirklich ehrlich den Volksentscheid wollen, zu Einheitskomitees!

„Wirtschaft in Not“

Zur Unternehmertagung des mitteldeutschen Wirtschaftsverbandes in Halle

Seute, am 13. Februar, beginnt in Halle eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland unter dem Namen „Wirtschaft in Not“, in der Geheimrat Adolf Berlin vom „Wirtschaftsverband der deutschen Industrie“, Bademeister Gehner vom mitteldeutschen Handwerker-Bund und Reichstagsabgeordneter Hepp-Verein sprechen werden.

Wir sind vollkommen überzeugt, daß auf dieser Tagung der mitteldeutschen Industriellen mit tiefer Führung und mit laienverständlicher Umsicht sehr viel die Rede sein wird vom „Erben der Wirtschaft“, von der „Nationalisierung der Wirtschaft“, daß die „Wirtschaft“ wieder „gelunden“ muß, daß Regierung und Volk schrittweise Hilfe zu leisten haben. Wir sind aber eben überzeugt, daß sich die Herren nicht lange den Kopf zerbrechen werden, wie die „Not der Wirtschaft“ ein Ende erreicht werden kann. Für den Einzelkapitalisten, der immer nur die Oberfläche sieht, mag die wirtschaftliche Zusammenhänge, die der gewöhnliche Ausweg einer Wirtschaft die Herabsetzung seiner Preise. Er glaubt, daß die hohen Preise die Ursache für die Misshandlung sind und sucht deshalb nach Möglichkeiten, die Preise herabzusetzen. Da er natürlich nicht im geringsten daran denkt, dies auf Kosten seines Profits zu tun, bezieht für ihn das Problem nur darin, wie man am besten die Produktionskosten herabsetzen kann. (August Kolberg in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 6. Januar 1926: „Die Welt ist groß, und für ein billiges Produkt ist immer Absatz zu finden!“) Die Kapitalisten werden also auch auf ihrer Tagung in Halle folgende zwei Wege vorschlagen:

1. Herabsetzung des Arbeitslohnes, Verminderung der sozialen Abzüge („Sporen ist die Parole“) und Verlängerung der Arbeitszeit;

2. Nationalisierung der Betriebe und Zusammenlegung, rücksichtslose Stilllegung und Vernichtung derjenigen Betriebe, die nicht zu niedrigeren Preisen produzieren können.

Auf zur Deutlich: Das bunte Volk hat endlich zu begreifen, daß es alle Kräfte zu tragen hat, damit der „Wirtschaftsverband der deutschen Industrie“, d. h. der Wiederherstellung des kapitalistischen Profits geschäftlich bleibt!

Die Rechnung stimmt zwar nicht, weil mit einer Herabsetzung der Produktionskosten und mit der Vernichtung eines Teils der Betriebe die Krise absolut nicht gelöst ist. Aber die Rechnung läßt wenigstens so weit ganz leben aus, wenn nicht zu ihrer Behebung zwei gehören: Die Unternehmer, die die Kräfte von sich abwälzen — und die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die die Kräfte auf sich nehmen! Und hier hat die Rechnung das größte Loch!

Allerdings, die deutschen Kapitalisten haben gute Kräfte, die sie mächtig ansetzen, um dieses gefährliche Loch auszufüllen. Die sozialdemokratischen Führer, die reformistischen Gewerkschaften versuchen aus Besorgnissen den Arbeitern einzureden, daß das ganze Geschäft „nur“ eine „Reinigungs- oder Nationalisierungsaktion“ sei — nun werden doch nicht gleich herbeigeholt, wenn ihr so ein bißchen erwerbslos seid, nur immer lieber Geduld! Wenn erst die „Reinigung“ vorüber ist, wird's schon wieder besser werden!

Die Hungernde und schon so oft und immer wieder betroffene Arbeiterklasse ist aber inzwischen ein einige Erfahrungen reicher geworden. Die Arbeiterklasse erkennt in immer größerem Maße, daß ihr Erwerbslosens-Problem, das Problem ihrer Löhne, das geheimnisvolle Problem der „Wirtschaft in Not“ nichts anderes ist als das Problem des Dames-Palles!

Das sagen nicht etwa nur die Kommunisten! Diese unsere Hoffnungen werden jetzt auch bekräftigt von einem bekannten englischen Nationalökonom, von Wynand Keynes, der nicht nur Kommunisten zu tun hat, der aber die Widersprüche des Dames-Palles, die Unmöglichkeit, auf seiner Grundlage die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen zu wollen, darlegt.

Die „Rote Fahne“ schrieb am 6. Februar in einem Artikel von G. E. über seine Ausführungen folgendes:

„Zunächst ist, so sagt Keynes, ist der Dames-Pall fast leer. Wie soll das Transfer-Komitee den Forderungsbetrag von 50 Millionen Pfund Sterling, der heute schon in der Dames-Pallung sich befindet, in einen Ueberfluß von 100 Millionen Pfund Sterling umzuwandeln?“

„Keynes selbst ist die Frage folgendermaßen: Der Prozentsatz der beschäftigungslosen Arbeiter liegt, die Zahl der Kurzarbeiter nur im höchsten Maße begriffen. Die Konsumkraft zeigt eine erschreckende Zunahme, die Preise von Industriewerten lauten rapide. Langsam steigt im Sommer die Anzahl der beschäftigungslosen Arbeiter, im Herbst und Winter in erschreckender Weise. Während am 1. Juli 1925 noch 195 000 Arbeiter ohne Beschäftigung waren, betrug deren Ziffer am 1. November 384 000, am 15. Dezember

entam
reute
a, Kats
erfüllen nach
gten del der
ngel-Druck
y Bois
n. 9. Schme
von 4738
Trinkt
dauer-
paktur
Mit
aus der
Kollektori
in Halle
Freimüßler
Teleph
5812
urand
cher S
Anaber:
ann Damm
r Straße Nr. 8
ält keine
litäten
empfehlen
hlung
men-Befreiung
er und Silber
ch & Co.
he 541
h Rosewit
einweg 7
wächtige, Sute
n, Sträußler
stotagen
33hler
r Straße 75
r Straße 6
Burkwaren
nau
ertalwaren
n. 22

